



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Adreßdebatte im preußischen Abgeordnetenhaus.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

laubniß des heiligen apostolischen Stuhles oder nach Ablauf dieses Termins ohne Erlaubniß des hochwürdigen Jesuitengenerals in keine religiöse Genossenschaft oder regelmäßige Congregation eintreten, noch auch in einer derselben Profeß ablegen will. Wenn ich aber mit vorbemerckter Erlaubniß in einen Orden eingetreten sein werde, will ich sofort in mein Vaterland zurückkehren, um mich der Seelsorge zu widmen. So wahr mir Gott helfe und diese heiligen Evangelien Gottes!“

Die Adreßdebatte im preussischen Abgeordnetenhanse.

Selten mag einem repräsentativen Körper das Glück begegnen, Gegenstand solcher Aufmerksamkeit, solcher gespannter Erwartungen zu sein, als dies bei dem auf den 19. Mai zusammenberufenen preussischen Abgeordnetenhanse der Fall war. Freilich waren die Gefühle, Hoffnungen und Befürchtungen, mit denen man auf dasselbe blickte, nicht nur nach den politischen Standpunkten sehr verschiedene, sondern sogar selbst innerhalb derselben Partei, ja innerhalb desselben Individuums sehr gemischt. Wohl hatte das Resultat der Wahlen etwas freudig Erhebendes, wohl mochte es unwiderlegliches Zeugniß davon ablegen, daß Preußen sich aus der Periode bürokratischer Bevormundung erhoben habe, und, was fast gleich schwer wog, daß in Preußen im Großen und Ganzen ein Beamtenstand lebe, der, wie er früher das Entbehren einer Verfassung erträglicher machte, in Zukunft eines der stärksten Bollwerke der Verfassung sein wird; allein wer anderseits die Einseitigkeit der bei den Wahlen geltend gemachten politischen Gesichtspunkte betrachtete, den Uebermuth, mit dem man bewährte politische und patriotische Vorkämpfer von den Wahlen ausschloß, als wären sie in Preußen so billig wie die Brombeeren, die Unklarheit der Parteibildungen, der konnte es zu einer reinen Freude über den Sieg der liberalen Sache nicht recht bringen, der wurde sich der Schwierigkeiten, die nun erst beginnen sollten, mit voller Umsicht bewußt. Aber in dem einen Gefühle freilich waren Alle einig, daß hier vor ihren Augen ein wichtiges Stück Geschichte sich entwickelte; und dieses Gefühl war vornehmlich auch in dem außerpreussischen Deutschland mächtig. Dessen konnte man zumal in Sachsen sich so recht bewußt werden. Durch einen eigenthümlichen Zufall waren auch die sächsischen Kammern auf den 19. Mai zusammenberufen worden, und nicht häufig in der Geschichte dieser Versammlung war eine solche wichtige, in das materielle Leben des Volkes so tief eingreifende Vorlage zu registriren gewesen, wie die diesmalige: der Handelsvertrag mit Frankreich. Und dennoch, trotz der gedeihlichen dreißigjährigen constitutionellen Entwicklung, auf welche sich viele Leute in Sachsen so viel zu Gute thun, können wir zuversichtlich behaupten, daß von Herrn von Beust angefangen bis zu den letzten Kreisen herab, wo noch politisches Bewußtsein vorhanden ist, ja, wir hoffen, selbst wenige Landtagsabgeordnete ausgenommen, alles in Sachsen sein vorwiegendes Interesse dem preussischen Landtage zuwendete. Die Einen hatten bezüglich des sächsischen Landtags wohl ihre Freude daran, wie geschickt auch hier wieder ihr geliebter Herr von Beust operirt hatte, die Anderen konnten sich eines ironischen Behagens nicht erwehren, von der Stärke der realen Verhältnisse die kleinen politischen Velleitäten so hinweggesetzt zu sehen, und ließen mit zufriedenem Lächeln gewähren, die politische Seite des Vertrags geschäftig abzuleugnen; aber im Ganzen hatte ja Jeder das Bewußtsein, daß die Sache durch den Willen Preußens und die Macht der Verhältnisse entschieden sei und dies gewährte die einzige Veruhigung gegenüber einer Zusammensetzung der Kammern, welche nur äußerst wenige Leute zu sachgemäßer Bearbeitung der Vorlage darbot. Rücksichtlich der preussischen Kammern aber hatte fast Alles den unmittelbaren Eindruck

„nostra res agitur“, in solchem Grade haben alle Mittel- und Kleinstaaten bereits ihr geistiges Centrum in Preußen gefunden.

Je bedeutender aber nun das Gefühl von der Wichtigkeit des nunmehr zusammen tretenden preußischen Abgeordnetenhauses in und außer Preußen war, je unklarer und gespannter die auf dasselbe gesetzten Hoffnungen waren, desto mehr war Gefahr vorhanden, daß sich dem Hause unter dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit das Bewußtsein der nächsten Aufgaben verwirren würde, um so mehr, als die Consequenzen der Stimmungen und Gesichtspunkte, unter denen man die Wahlen vorgenommen hatte, ihren Einfluß auf die Thätigkeit des Hauses nothwendig äußern mußten. Wir haben über die letzteren früher in diesen Blättern gesagt, daß von Seiten der Fortschrittspartei die Wahlen lediglich unter dem Gesichtspunkte eines Vertrauensvotums für die Majorität des aufgelösten Hauses betrachtet wurden, und dazu bemerkt, daß die Frage nur dann so einfach liegen würde, wenn Aussicht vorhanden wäre, daß dem Theile, welchem das Volk in seinen Wahlen Recht gäbe, auch die Krone Recht geben werde. Wir haben uns nicht getäuscht, wenn wir an diese Aussicht nicht glaubten, wir haben uns aber auch nicht getäuscht, wenn wir der Einseitigkeit dieses Gesichtspunktes eine nothwendige üble Einwirkung auf den Ausgang der Sache zuschrieben. Zuerst bei den Wahlen führte dieser Gesichtspunkt, und dessen innige Verknüpfung mit dem Hagen'schen Antrage zu jenem blödsinnigen Bannspruche über alte Parteiführer, und indem man dem Könige so jede Möglichkeit abschnitt, eine starke Regierung zu bilden, schien man einerseits zu erklären, daß man auf eine ungewisse Zukunft spekulire, wobei man dem Könige Erinnerungen der trübsten Art nachrufen mußte, andererseits gefährdete man den moralischen Einfluß der Wahlen auf das Aeußerste, indem man ihre reelle Wirkung und dadurch den Glauben an ihre Macht von vornherein in Zweifel stellte. Darauf aber, den Glauben an diese Macht zu stärken, kam es jetzt in Preußen vor allen Dingen an und dieser Nimbus wird durch das Steuerbewilligungsrecht nicht ersetzt. Denn das ist jetzt die große Frage, ob das Abgeordnetenhaus zu einem bloßen Bewilligungsfactor herabgedrückt werden kann, der sich schließlich doch der Macht der realen Bedürfnisse fügen muß, oder ob es sich zu einem gewaltigen Factor erheben kann, der, innerhalb seiner verfassungsmäßigen Competenz, doch einen bedeutenden Bruchtheil der Entscheidung über die Geschicke des Staates in Händen hält. Dieser falsche Gesichtspunkt für die Wahlen machte deren Gewinn daher mit jeder Woche illusorischer, welche sich das Ministerium im Amte erhielt, trotz ihrer Niederlage bei den Wahlen, die Situation wurde um so bedenklicher, je mehr es sich zeigte, daß die Regierung bemüht sein werde, durch materielle Concessionen, durch versöhnliche Leitung der Regierungsgeschäfte, ja sogar durch ein energischeres Auftreten in der äußern Politik eigentliche Beschwerdepunkte aus dem Wege zu räumen. Denn dadurch wurden ihre Gegner immer mehr in die Nothwendigkeit versetzt, entweder mit ihr in geschäftliche Verbindung zu treten, und dadurch die ganze Taktik mit einemale umzuändern, welche man bei den Wahlen eingeschlagen hatte, d. h. den Anschein der Besiegung auf sich zu laden, oder aber durch mürrisches Ablehnen jedes Entgegenkommens in den Geruch demokratischer Verbissenheit zu kommen und das fruchtlose Ausspielen eines moralischen Trumpfes nochmals zu riskiren.

Wir glauben nicht, daß diese Fehler, gewissermaßen die tragische Schuld bei der erhebenden That der Wahlen, durch ein rechtzeitiges Erkennen und kluges Einsinken hätten ungeschehen gemacht werden können, allein wir hätten doch gewünscht und gehofft, daß das Verfahrensein der Situation sich etwas weniger schlagend documentirt hätte, als dies nach dem Urtheil, welches man nach den bisherigen unzureichenden Berichten im Auslande sich hat bilden können, der Fall gewesen zu sein scheint, und glauben, daß es möglich gewesen wäre, auch jetzt noch richtigere Gesichtspunkte zu finden und wirken zu lassen. Schon die Auflösung der

Grabow'schen Partei am Beginne des Landtages schien uns kein glückliches Ereigniß zu sein. Wir selbst haben die Vereinigung der Parteien vor dem Beginne der Wahlen aus tiefster Ueberzeugung gerathen, und wir wünschen noch heute, daß die Ausführung dieser Vereinigung möglich gewesen wäre, aber nachdem nun die Wahlen ohne diese Einigung stattgefunden hatten, war nach unserm Ermessen die Auflösung der Grabow'schen Partei, bevor sich die Parteistandpunkte überhaupt geklärt hatten, ein großer politischer Fehler, welcher die genannte Partei nachträglich in die Unfruchtbarkeit und Schiefheit der Lage der Fortschrittspartei hineinzwängte, ihr den ungeheuren Vortheil aus der Hand nahm, uneingeengt durch die Consequenzen der Wahlen dem Ministerium oppositionell gegenüberzutreten und dennoch über Politik und manches Andere, was zu einem Landtage gehört, mit ihm reden zu können, und endlich die alten parlamentarischen Größen noch mehr isolirte. Zu einer solchen Lösung war erst dann der Zeitpunkt gekommen, wenn die Unbestimmtheit der Tendenzen der Fortschrittspartei diese selbst zu der, wie es uns scheint, nöthigen und wohl auch nicht allzufernen Scheidung der Elemente geführt hatte. Die Remesse für diesen Fehler sollte bald auf dem Fuße folgen, indem der verlassene Führer, trotz allem, was wir gegen manches seiner Reden einzuwenden haben, doch unleugbar den gewaltigsten Eindruck in der ganzen Debatte gemacht hat.

Die Frage nun, welche sich das Abgeordnetenhaus zuerst zu stellen hatte, war die, ob eine Adresse erlassen werden sollte oder nicht? Wir brauchen wohl nicht erst hervorzuheben, daß wir der Bejahung der Frage vollständig beistimmen; nach dem, was geschehen war, war ein gewöhnliches Eintreten in die Geschäfte nur für den möglich, der das Geschehene billigte, oder der sich aus jeder Gemeinschaft mit der Regierung lösgelöst fühlte. Aber freilich wie wenig mit der Beantwortung dieser Frage gewonnen war, sollte sich nur zu deutlich zeigen; die vielen Entwürfe zu einer solchen Adresse sind ein klarer Beweis für die Unsicherheit, in welcher man sich befand. Es kann uns nicht in den Sinn kommen, dieselben einer eingehenden Besprechung zu unterwerfen, es scheint uns eben keiner den ganz richtigen Ton und den ganz richtigen Gedankengang gefunden oder zum Ausdruck gebracht zu haben.

Zuvörderst zeigten sich in dem ersten von der Fortschrittspartei ausgegangnen Entwurfe schon die vollen Consequenzen der von der Partei bei den Wahlen eingeschlagenen Taktik. Auf die verßöhnliche Eröffnungsrede hatte man kein Wort des Eingehens als die Acceptation der Specialisirung des Etats und der zeitigen Vorlagen des Budgets von 1863, und die Zusicherung, daß man die Vorlagen der königlichen Staatsregierung unter allen Umständen mit Ehrerbietung aufnehmen und der gewissenhaftesten Bearbeitung unterziehen werde, eine Zusicherung, deren es „unter allen Umständen“ nicht erst bedarf. Im Uebrigen aber manifestirte man in der auffälligsten Weise, daß man mit diesem Ministerium gar nichts zu thun haben wolle, daß man alles, was dasselbe leisten werde, ignoriren, daß man überhaupt von demselben gar nichts erwarten, gar nichts beanspruchen wolle, nur so kam das vornehme Stillschweigen über die wichtigen Dinge, die eben ringsum vorgingen, über die inhaltschweren Wünsche, die das preussische Abgeordnetenhaus sonst an seine Minister zu richten hatte. Diese negative Enthalttsamkeit mußte nothwendig ihren schlimmen Einfluß auf die positive Seite der Adresse üben; man war genöthigt, die Opposition in einer Weise bereits auf positive Vorgänge zu begründen, die an und für sich, und zumal bei dem Ignoriren der günstigen Thatsachen, keinen genauen Ausdruck der Wahrheit bot, und in einer Sprache, welche bei dem wesentlichen Antheil, den des Königs eigenste Entschließung in der ganzen Angelegenheit gehabt hatte, auf diesen trotz aller Loyalitätsversicherungen verlegend wirken mußte. Man ließ sich ferner verleiten, die von dem Ministerium in das Land geworfene Formel: königliches oder parlamentarisches Regiment, zu einer Erörterung über das Königthum zu benutzen, die abstract

und langweilig war, durch ihre Erwähnung des Absolutismus wie eine Beschuldigung solcher Tendenzen klingen konnte, auf jeden Fall aber nicht dazu geeignet war, den Träger der Krone der parlamentarischen Regierung geneigter zu machen.

Der v. Sybel'sche Entwurf vermied diesen Grundfehler, aber dafür entbehrte er auch der eigentlichen Spitze, die unter allen Umständen nur in dem Ausdrucke der Klust, welche man zwischen sich und dem Ministerium fühlte, bestehen konnte. Denn die Behauptung: „Die Ursache der jetzigen Bewegung ist keine andere, als die Befürchtung, daß irgend ein dem Gesamtwohl widerstrebendes Sonderinteresse jenes feste Band des Vertrauens zwischen Thron und Volk auslöchern könnte“ erschöpfte die Lage in keiner Weise, und ließ namentlich das Ministerium unberührt, weil der Nachweis, daß das Ministerium diesem Sonderinteresse dienen werde, in keiner Weise geführt wurde. So erschienen denn die Verührung des Militärbudgets, des Handelsvertrags, der kurbessischen Sache zc. wie Ablirrungen vom eigentlichen Zwecke der Adresse, den auch die Schlußworte derselben allein nicht erfüllen konnten.

Noch mehr ließ die Stellung zum Ministerium der Vincke'sche Entwurf im Unklaren. Statt den Gegensatz zu der Regierung scharf auszuprägen, begann derselbe mit einem unpassenden Proteste gegen das parlamentarische Regierungssystem und begnügte sich im Uebrigen ein, im Einzelnen freudigst zu acceptirendes, aber hier nicht am Plage befindliches allumfassendes Programm zu geben, so daß sich wol fragen läßt, ob der Verfasser bewußt nicht mehr das letztere, als die Adresse im Auge gehabt habe.

Bergegenwärtigen wir uns nun diesen Entwürfen gegenüber noch einmal, worauf es bei der Adresse wohl ankam:

Ein in dem Leben repräsentativer Versammlungen und namentlich nach deutschen Anschauungen auffälliges und bedeutendes Ereigniß, die Auflösung des Hauses, hatte die vorige Sitzungsperiode plötzlich geendet. Ja noch mehr, es hatte dieses Ereigniß sogar zur Entlassung der liberalen Minister und zu deren Ersetzung durch Männer geführt, deren Antecedentien oder Mangel an Antecedentien das Vertrauen des Volkes in keiner Weise zu gewinnen geeignet waren. Wenn Zweifel in die Tendenzen der Minister überhaupt noch hätten vorhanden sein können, so wären sie gehoben worden durch die Erlasse derselben, in welchen liberale Parteien als Feinde des Königthums proclamirt wurden, und der Versuch zu unsittlicher Pression gemacht wurde.

Nach diesen Vorgängen war das Abgeordnetenhaus nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, seine Stimme vor dem Könige zu erheben. Aber dabei mußte es viele Abwege vermeiden. Einmal mußte es nicht die frühere Auflösung mißbilligen wollen, durfte also den Hagenschen Antrag nicht wieder vorreiten, denn diese Kritik als bloße Kritik stand ihm nicht zu. Sodann mußte es nicht Aufklärung über das Geschehene haben wollen, das kam ihm ebenfalls nicht zu. Wenn man aber sich gegen das Ministerium wendete, so genügte einestheils das Geschehene nicht, um daraufhin eine Verurtheilung auszusprechen, und eine Entlassung desselben zu wünschen, und andernteils konnte die Ignorirung des Versprochenen und Geleisteten dem Vorwurf der Parteiverbissenheit nicht entgehen. Der Kernpunkt der Situation ist ja auch nicht die bloße Verurtheilung des Geschehenen, sondern die trübe Aussicht in die Zukunft. Bei den unendlichen Schwierigkeiten, welchen der preussische Staat nach allen Seiten zu begegnen hat, braucht die preussische Regierung vor allen Dingen Männer, die mit unerschütterlicher Charakterstärke, mit tiefster und innigster Ueberzeugung sich der großen Aufgabe widmen, die ihren Verlaß nicht finden in diplomatischen Schachzügen, sondern in dem festen Vertrauen des ganzen Volkes, in dem ungestörten Frieden zwischen Regierung und Land, in der innigen Verbindung mit allen liberalen Elementen des gesammten

deutschen Vaterlands. Nach dieser Seite hin aber kann und muß das preußische Volk und sein Organ, das Abgeordnetenhaus, dem preußischen Ministerium alles Vertrauen versagen, und dieses war unseres Ermessens die Seite, welche die Adresse anzuschlagen hatte, diesen Mangel an Hoffnungen hatte man auszusprechen, nicht auszuscheiden. Hiermit wurde vieles umgangen, was zu vermeiden war, und vieles hereingezogen, was nicht umgangen werden durfte, und grade nur soweit und so speciell, als es nöthig war, und ohne daß es den Eindruck des Willkürlichen oder des Programmes machte. Mit freiem, großem Blicke hatte das Haus die Gefahren der Lage vor den Augen des Königs zu entrollen; hier hatte man Gelegenheit, die Verkehrtheit der eingeschlagenen Taktik noch aus einem anderen Gesichtspunkte zu erkennen: man meint die deutsche Frage, welche doch immer die Cardinalfrage bleiben wird, durch die innere Entwicklung Preußens lösen zu können, aber wir glauben, die deutsche Frage wird die innere Frage Preußens müssen lösen helfen; denkt man sich Preußen isolirt, so ist der Liberalismus gegenüber der Krone noch viel zu schwach, die innere Verwicklung zu einem gedeihlichen Ausgange zu führen, erst wenn man Preußen in seine wirkliche gegenwärtige äußere Lage hineinsetzt, wird die innere Frage brennend und gefahrdrohend, und erlangt der Liberalismus die Berechtigung, eine sofortige Lösung des innern Zwistes zu fordern. — Von diesem Standpunkte aus gelangte man aber zu einer natürlichen ungezwungenen Verührung aller brennenden Fragen, und man erhielt andererseits die Möglichkeit, das von dem Ministerium Geleistete zwar anzuerkennen, aber andererseits die Bedenken kund zu geben, welche man trotz alledem dagegen hatte, die Angelegenheit in diesen Händen zu wissen. Gerade die Art, wie die kurhessische Sache behandelt worden war, das Bedenken, welche die Militärconventionen in den betreffenden Staaten finden, bot hierzu eine natürliche Veranlassung, und selbst der Handelsvertrag konnte wohl dazu dienen, die Mahnung auszusprechen, daß man diese Sache nicht als diplomatischen Schachzug behandeln möge, und daß man sich davor hüten möge, Schutz vor der eigenen Willensschwäche in einer unvorsichtigen Hingebung an Frankreich zu suchen, eine Mahnung, die in Süddeutschland gute Wirkung gethan hätte, und die gegenüber der Sendung des Herrn von Bismarck-Schönhaußen vielleicht doppelt am Platze war. Hier war dann der Ort, energisch gegen das Anverlangen der Minister zu protestiren, daß man sie nur nach ihren zukünftigen Handlungen beurtheilen solle. Wir halten es namentlich für höchst bedauernswerth, wenn Binde die Minister dagegen verwahrte, daß sie nach ihren Antecedentien beurtheilt würden. Der preußische Staat ist nicht in der Lage, Minister auf Probe zu vertragen zu können, preußische Minister müssen reiche Antecedentien haben, welche in jeder Beziehung nach Charakter und Intelligenz dafür Gewähr bieten, daß der Staat nicht in Gefahr kommt. Wie soll man aber eine solche Garantie darin finden, daß Männer, welche theils nach ihrer ganzen Vergangenheit als Gegner des Liberalismus bekannt sind, oder überhaupt keine Vergangenheit haben, oder aber hinlängliche Zweifel in die Festigkeit ihres Charakters dargeboten haben, sich als willige Ausführer des königlichen Programms vom 8. November 1858 proclamiren. Hier konnte dann ferner in warmen Worten an die unzweifelhaft großen Opfer erinnert werden, welche die Lage Preußens dem Volke auferlege, und der König in herzlicher aber männlicher Weise gebeten werden, die Grundlage zu schaffen, auf welcher allein der preußische Staat seinen Aufgaben genügen könne, die Basis des unbedingten Vertrauens zu den Rathgebern der Krone, des innersten Friedens, der unmöglich sei zwischen einem Ministerium und einem Abgeordnetenhaus, deren letzteres in seiner Mehrheit von dem ersteren als königsfeindlich vor dem Lande beseindet worden. Freilich war dies auch ein Mißtrauensvotum in optima forma, aber wir finden, die Lage Preußens ist jetzt ebenso kritisch, wie nach Olmütz, darüber können auch die Erfolge Preußens nicht täuschen, und es läßt sich ein solches Votum nicht nur durch etwas, was in

der Vergangenheit liegt, rechtfertigen, sondern ebenso durch den Mangel an Hoffnungen in die Zukunft. — Wir sind nicht so kühn, zu glauben, daß die Adresse dann ihre Wirkung gethan hätte, aber das preußische Abgeordnetenhaus hatte dann doch vom erhabenen Standpunkte die Schwierigkeiten der Lage frei und groß geschildert, wußte sich frei von allen Uebertreibungen, hatte die Leistungen der Regierung willig und ohne Verbissenheit anerkannt, der Stimmung des Landes einmüthigen Ausdruck verschafft, und eine Antwort unmöglich gemacht, wie sie inzwischen ihm gegeben worden ist. Einer solchen Adresse gegenüber konnte man sich nur auf die Praerogative der Krone berufen, und die Geschichte hatte dann zu richten, ob wohl das preußische Abgeordnetenhaus das Recht habe, dem Könige zu sagen: „das Vaterland ist in Gefahr“.

Wir brauchen nach dem Gesagten nicht noch zu bemerken, was wir von der compromissarisch schließlich festgestellten Adresse halten. Die Debatte selbst war in ihrer Beschaffenheit die nothwendige Folge der Adresse. Durch die lediglich der Vergangenheit entnommene Begründung des Mißtrauensvotums war man genöthigt, etwas beweisen zu wollen, was in solcher Schroffheit nicht zu beweisen war, und eine Masse Wahllegaleien zusammenzutragen, deren Verantwortung die Minister füglich ablehnten. Durch das dadurch nothwendige Eingehen auf die Wahlerlasse rief man die unerquicklichen, meist schiefen und falschen Aeußerungen über königliches und parlamentarisches Regiment hervor, die jedenfalls verhindern werden, daß die Staatspraxis des Parlamentarismus — denn eine solche ist es nur, kein Staatsrecht — bald in Preußen Platz greifen werde. Durch den Verzicht endlich auf die Motivirung des Mangels an Vertrauen durch die äußeren Verhältnisse nahm man der Debatte jeden Schwung und jedes staatsmännische Gepräge. Man hat auch in Preußen wohl allgemein diesen Eindruck von der Debatte gehabt, und je fruchtloser dieselbe mit der Zeit sich herausstellen wird, desto stärker wird dieser Eindruck werden.

Wir finden nur eine Beruhigung für das Haus, das Verhalten der Minister selbst, die sich dem Hause in keiner Weise überlegen zeigten, wenn es eine Beruhigung sein kann, solche Minister an der Spitze des preußischen Staates zu wissen. — Hoffen wir, um doch mit einer Hoffnung zu schließen, daß die preußischen Abgeordneten sich des Grundfehlers vor allem bewußt werden: mit dem Nihilismus, mit der Parole: „kein Gut kein Blut“ muß gründlich gebrochen werden, namentlich die Fortschrittspartei möge einsehen, daß ihr rein negativer Ursprung aus der Opposition gegen das Ministerium Schwerin sehr bald zur Unfruchtbarkeit und zu den vollen Schroffheiten des Dualismus der Gewalten führen muß, welche jede Action der Regierung unmöglich machen. Möge sie das positive Element, welches sie in ihrem Zusammenhange mit dem Nationalvereine hat, stärker betonen, und sie wird dadurch die nöthige Abklärung und Scheidung ihrer eigenen Elemente und die Verständigung mit der liberalen Partei gewinnen.

Mit **Nr. 27** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal**, welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

Leipzig, im Juni 1862.

Die Verlagsbuchhandlung.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. E. Elbert in Leipzig.